

Spannagel, Dorothee; Zucco, Aline

Research Report

Armut grenzt aus: WSI-Verteilungsbericht 2022

WSI Report, No. 79

Provided in Cooperation with:

The Institute of Economic and Social Research (WSI), Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Spannagel, Dorothee; Zucco, Aline (2022) : Armut grenzt aus: WSI-Verteilungsbericht 2022, WSI Report, No. 79, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/266617>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

REPORT

Nr. 79, November 2022

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

ARMUT GRENZT AUS

WSI-Verteilungsbericht 2022

Dorothee Spannagel, Aline Zucco

AUF EINEN BLICK

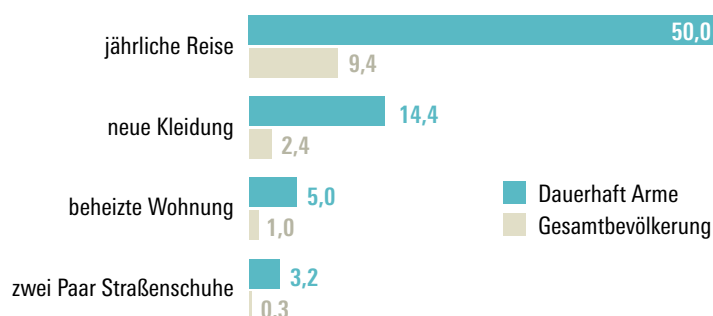
In Deutschland ist der Anteil der Armen in der letzten Dekade deutlich angestiegen. Vor diesem Hintergrund befasst sich der diesjährige Verteilungsbericht mit dem Thema Einkommensarmut und untersucht, welche Auswirkungen sie auf die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen hat.

Auf Basis des SOEP sowie der HBS-Lebenslagenbefragung zeigt sich, dass Armut in Deutschland die gesellschaftliche Teilhabe deutlich einschränkt. Arme müssen etwa auf Güter des alltäglichen Lebens verzichten, sie leben auf kleinerem Wohnraum oder haben einen schlechteren Gesundheitszustand. Diese verminderte gesellschaftliche Teilhabe führt dazu, dass Arme mit ihrem eigenen Leben unzufriedener sind. Sie haben auch weniger Vertrauen in das Handeln politischer Akteure. Hier geraten die Grundfesten unseres demokratischen Miteinanders ins Wanken – eine Entwicklung, die sich aktuell durch die hohe Inflation in Folge des Ukraine-Kriegs deutlich verschärft hat.

Um die Situation der armen Haushalte zu verbessern, aber auch um das Vertrauen in unser demokratisches System zu stärken, bedarf es gezielter politischer Maßnahmen. Dazu gehören insbesondere die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung. Außerdem müssen gesellschaftliche Chancenungleichheiten durch vorausschauend geplanten und sozial gestalteten öffentlichen Wohnungsbau sowie den Abbau von Bildungsungleichheiten verringert werden.

Facetten materieller Deprivation, 2020

Anteil der Personen, die sich ein Item nicht leisten können, in Prozent



Daten: SOEP v37, eigene Berechnungen

INHALT

1	Einleitung	3
2	Theoretischer Hintergrund	4
3	Daten und Methoden	6
4	Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland 2010–2019	7
5	Sozialprofil der Armen	10
6	Lebenslagen der Armen	12
7	Subjektive Folgen von Armut	16
8	Fazit und politische Implikationen	18
	Anhang	21

AUTORINNEN



Dr. Dorothee Spannagel
Referatsleiterin Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik
dorothee-spannagel@boeckler.de



Dr. Aline Zucco
Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik
aline-zucco@boeckler.de

1 EINLEITUNG¹

Armut ist ein soziales Problem, das seit Jahren immer wieder in den öffentlichen und politischen Debatten thematisiert wird. Jüngst ist das Thema vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und dem damit verbundenen starken Preisanstieg für Energie und Güter des täglichen Bedarfs erneut in den Fokus der öffentlichen Berichterstattung gerückt. Dabei war schon lange vor dieser Krise bekannt, dass es zahlreiche Menschen in Deutschland gibt, deren finanzielle Ressourcen nicht ausreichen, um am gesellschaftlichen Leben vollständig teilhaben zu können. Armut ist in einem reichen Land wie Deutschland weit mehr als ein Mangel an finanziellen Ressourcen. *Einkommensarmut*² ist immer, und das ist der konzeptionelle Ausgangspunkt dieses Verteilungsberichts, mit einer Einschränkung der gesellschaftlichen Teilhabe und dem Unterschreiten des soziokulturellen Existenzminimums als einem Mindestmaß an Teilhabe verbunden. Unter gesellschaftlicher Teilhabe wird die vollumfängliche ökonomische, soziale, politische und kulturelle Teilhabe verstanden.

Im Zentrum des vorliegenden Verteilungsberichts steht die Frage: Welche Folgen hat Einkommensarmut – gemessen als verfügbares Haushaltseinkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens – für die Betroffenen? Es geht darum, aufzuzeigen, unter welchen Lebensbedingungen Arme in Deutschland leben und wie sie ihre Lebensumstände bewerten. So lässt sich abbilden, mit welchen Einschränkungen gesellschaftlicher Teilhabe Arme umgehen müssen und welche gesamtgesellschaftlichen Folgen sich daraus ergeben. Datengrundlage für die Analysen sind die aktuelle Welle des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP v37, Einkommensdaten bis zum Jahr 2019) sowie die Daten der Befragung „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ der Hans-Böckler-Stiftung (zwischen 2020 und 2021).

Der Bericht ist wie folgt gegliedert: Die nächsten beiden Abschnitte legen die theoretischen und methodischen Grundlagen für die empirischen Analysen. Die beiden daran anschließenden Teile liefern den empirischen Hintergrund für die Beantwortung der Forschungsfrage, indem sie darstellen, wie sich das Ausmaß an Einkommensarmut (bzw. allgemeiner: an Einkommensungleichheit) in Deutschland seit dem Jahr 2010 entwickelt hat und welche Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Anschließend werden die Lebenslagen und die materielle Unterversorgung der Armen betrachtet und es wird analysiert, wie die Armen ihre Lebenssituation wahrnehmen und bewerten. Der Verteilungsbericht schließt mit einem Fazit, in dem die zentralen Ergebnisse kritisch dahingehend unter die Lupe genommen werden, welche Folgen Armut für die deutsche Gesellschaft hat und welche politischen Implikationen sich daraus ergeben.

¹ Für äußerst hilfreiche inhaltliche wie stilistische Anmerkungen geht unser Dank an Andreas Hövermann.

² Alle kursiv gedruckten Begriffe werden im Glossar des Berichts kurz erläutert (siehe Anhang).

2 THEORETISCHER HINTERGRUND

Armut ist eine gesellschaftliche Kategorisierung, die – auch wenn es manchmal anders erscheinen mag – nie rein objektiv darstellbar ist. Jeglicher Verwendung des Armutsbegriffs liegen normative Entscheidungen zugrunde. Diese offenzulegen und kritisch zu diskutieren, muss ein Baustein jeder Armutsstudie sein. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) seit kurzem in seinen Publikationen den Begriff „Armut“ gänzlich vermeidet und nur noch von „Niedrigeinkommen“ spricht (etwa Grabka 2022) – was teilweise als ein Schritt begrüßt wurde, „die Verteilungsdebatte in Deutschland ein Stück rationaler werden zu lassen“ (Cremer 2022). Andere bezeichneten diese Entscheidung als eine „resignative Ausklammerung der Armutsfrage“ (Becker/Schmidt/Tobsch 2022, S.103). In der Tat negiert der Begriff „Niedrigeinkommen“ die normative Dimension, die jeglichen Armutskonzepten inhärent ist, und entzieht sich der Forderung nach einer Bekämpfung von Armut als dem „Minimalziel wohlfahrtsstaatlicher Politik“ (Ullrich 2005, S.117). Deswegen wird im Verteilungsbericht auch weiterhin Armut als solche benannt.

Konzeptioneller Ausgangspunkt des Berichts ist die Armutsdefinition, welche die Europäische Union bereits 1984 vorlegte: „Arm sind Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist.“ (Europäischer Rat 1984, S.1). Relative Konzepte wie die EU-Definition betrachten Armut immer in Relation zur Situation in der Gesamtbevölkerung. Im Gegensatz dazu definieren Konzepte absoluter Armut diese unabhängig von der allgemeinen Verteilung und nehmen zumeist auf das physische Überleben Bezug.³ Relative Armut wird üblicherweise, auch wenn sie auf das soziokulturelle Existenzminimum Bezug nimmt, materiell definiert und methodisch in Einkommensarmut übersetzt. Das Unterschreiten des soziokulturellen Existenzminimums wird hier aus einem Mangel an finanziellen Mitteln abgeleitet und damit

auf einen konkreten Geldbetrag – die Armutsgrenze – gebracht. Dieses Vorgehen, der sogenannte Ressourcenansatz, ist in modernen, marktförmig kapitalistisch organisierten Gesellschaften sehr berechtigt: Die allermeisten Güter, Dienstleistungen und Aktivitäten, die zum soziokulturellen Existenzminimum gehören, lassen sich mit Geld kaufen. Einkommen wird hier also als indirekter Indikator für Teilhabemöglichkeiten verwendet (Becker 2017, S.100). Der relative Aspekt dieses Armutskonzepts wird dadurch berücksichtigt, dass die Armutsgrenze in Abhängigkeit zur Verteilung aller Einkommen in der Gesellschaft gebildet wird. Sie wird üblicherweise aus dem *Medianeinkommen* abgeleitet.

Eine solche Armutsgrenze ist damit auch ein Ungleichheitsmaß, da sie relativ an das Wohlstandsniveau einer Gesellschaft gebunden ist – ein Aspekt, der immer wieder in der Kritik steht (vgl. hierzu ausführlich Becker 2017).⁴ Die Kopplung an das gesamtgesellschaftliche Wohlstandsniveau ist aber entscheidend, wenn es darum geht, die Teilhabeperspektive von Armut zu berücksichtigen. Wenn die Einkommen einer Gesellschaft steigen, muss auch die Armutsgrenze steigen, da eben auch der materielle Wert für ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe wächst. Die gängige Armutsgrenze, die auch im Verteilungsbericht verwendet wird, liegt bei 60 Prozent des mittleren Einkommens (siehe Abschnitt „Daten und Methoden“). Um darauf aufbauend theoretisch fundiert darstellen zu können, wie sich Einkommensarmut auf das Leben der Betroffenen auswirkt, sind weitere Armutsansätze als konzeptioneller Hintergrund sinnvoll.

Zunächst ist hier das Konzept der materiellen Deprivation zu nennen, das daran anknüpft, dass sich Armut für Betroffene oftmals in einer Unterversorgung mit Grundgütern äußert. Anders als beim Ressourcenansatz spielt hier die konkrete Verwendung des Einkommens eine Rolle, also ob Menschen über bestimmte Grundgüter verfügen bzw. sie sich leisten könnten. Von materieller Deprivation sind all jene Haushalte betroffen, die auf diese Grundgüter verzichten müssen; Haushalte, die sich bewusst gegen ein oder mehrere solcher Güter entscheiden, die z. B. kein Auto haben, sich aber eines leisten könnten, fallen nicht in diese

³ In sehr armen Ländern, in denen lebensbedrohliche Not weitaus verbreiteter ist als in Deutschland, finden solche Ansätze absoluter Armut immer noch Anwendung. Sogar die Weltbank bedient sich weiterhin einer absoluten Grenze und definiert als arm, wer über weniger als 1,9 Dollar pro Tag verfügt (Dittmann/Goebel 2019, S. 22). Eine solche Definition ist geeignet, um extreme Armut international vergleichend grundlegend messen zu können. Sie ist aber in reichen Ländern wie Deutschland kaum erkenntnisreich und lässt zudem jegliche Teilhabeperspektive außer Acht. Auch für Länder mit lebensbedrohlicher Armut muss als gesellschaftspolitisches Ziel gelten: Alle Menschen müssen die Chance haben, vollumfänglich an der Gesellschaft teilzuhaben. Das rein physische Überleben zu sichern, kann nur der erste Schritt sein.

⁴ Vielfach ist im Zusammenhang mit der 60 Prozent-Grenze vom Begriff des „Armutsriskos“ die Rede, so etwa im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BMAS 2021). Dabei wird angenommen, dass Haushalte, denen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung stehen, nicht unbedingt arm sind, sondern nur einem besonderen Risiko ausgesetzt sind, arm zu werden. Dieser Annahme ist entschieden zu widersprechen: Personen mit einem Einkommen unterhalb der 60 Prozent-Grenze sind in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe so weit eingeschränkt, dass sie tatsächlich arm sind (vgl. hierzu auch Der Paritätische Gesamtverband 2018, S. 10f.). Im Verteilungsbericht wird daher ausschließlich der Begriff der Armutsquote verwendet.

Gruppe. Im SOEP, der Datengrundlage für den Verteilungsbericht, werden einige Daten zur materiellen Deprivation abgefragt.⁵ Damit bietet das SOEP die Möglichkeit, exemplarisch die materielle Unterversorgung armer Haushalte in Deutschland zu beleuchten.

Materielle Unterversorgung ist aber nur eine Folge von Einkommensarmut; sie strahlt auf zahlreiche Lebensbereiche aus. Daran knüpft der Lebenslagenansatz an, der die direkt beobachtbaren Lebensbedingungen der Menschen berücksichtigt. Üblicherweise geht es dabei um fünf zentrale Lebenslagen, an denen sich auch der vorliegende Bericht orientiert (Voges 2002): 1. Einkommen bzw. Vermögen; 2. Erwerbstätigkeit; 3. Bildung; 4. Gesundheit und 5. Wohnen. Grundsätzlich kann der Lebenslagenansatz herangezogen werden, um Armut zu definieren. Ein Ansatz, der Armut aber über fünf Dimensionen hinweg erfasst, ist empirisch schwer umzusetzen. Dazu müsste in jeder dieser fünf Dimensionen eine separate Armutsgrenze definiert und dann alles zu einer Art Index aggregiert werden. Ein solches Vorgehen wirft viele Fragen auf: Wo werden in den einzelnen Dimensionen die Grenzwerte für Armut gesetzt und welche Aspekte der Lebenslage sind dabei zu berücksichtigen? Ist etwa in der Bildungsdimension nur arm, wer gar keinen Schulabschluss oder auch wer maximal die Hauptschule abgeschlossen hat? Und schließlich: Ist jemand nur dann arm, wenn er oder sie in allen fünf Dimensionen unterhalb der jeweiligen Armutsgrenze liegt? Um Armut zu definieren, ist der Lebenslagenansatz als Konzept daher nur bedingt geeignet. Er bietet vielmehr eine gute, theoretisch fundierte Möglichkeit, die Folgen von Einkommensarmut abzubilden und die Frage zu beantworten, wie sich die konkrete Situation der Armen in zentralen Lebensbereichen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung darstellt. So lässt sich eine weitere Facette von Armut und der damit verbundenen eingeschränkten gesellschaftlichen Teilhabe aufzeigen.

Einkommensarmut und mit ihr das Unterschreiten des soziokulturellen Existenzminimums haben nicht nur objektiv sichtbare Folgen, sie spiegeln sich auch darin wider, wie Arme ihre Lebensumstände bewerten. Diese subjektiven Auswirkungen von Armut auf die Zufriedenheit mit zentralen Aspekten des Lebens werden wir später noch empirisch in den Blick nehmen. Konzeptionell sind solche Aspekte ein entscheidender Baustein der gesellschaftlichen Integration der Armen. Gesellschaftliche Teilhabe kann durch unzureichende sozioökonomische Ressourcen genauso eingeschränkt werden, wie durch die subjektive Wahrnehmung, gesellschaftlich ausgeschlossen zu sein.

Mit all diesen unterschiedlichen konzeptionellen Blickwinkeln lässt sich ein umfassendes Bild davon zeichnen, wie viele Menschen in Deutschland von Armut betroffen sind, wer diese Menschen sind und welche objektiven und subjektiven Folgen die Einkommensarmut für die Betroffenen hat. Das empirische Vorgehen dafür wird im folgenden Abschnitt dargelegt.

⁵ Ein weit verbreiteter empirischer Ansatz zur Messung materieller Deprivation mit einer Liste von neun Items wird von der EU verwendet (vgl. hierzu ausführlich Guio/Fusco/Marlier 2009).

3 DATEN UND METHODEN

Die Analysen in diesem Bericht basieren auf zwei Datensätzen: Dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) sowie der Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung zu den sozialen Lebenslagen und der politischen Integration, im Folgenden HBS-Lebenslagenbefragung genannt. Beide Datenquellen basieren auf Zufallsstichproben und bilden einen repräsentativen Querschnitt der Haushalte in Deutschland (SOEP) bzw. der in Deutschland lebenden Bevölkerung ab 16 Jahren (HBS-Lebenslagenbefragung) ab.

Das SOEP ist eine Haushaltsumfrage, bei der die Befragten einmal jährlich zu ihrer persönlichen Erwerbs- und Lebenssituation ausführlich Auskunft geben. Im SOEP sind Daten von etwa 30.000 Personen in 15.000 Haushalten enthalten (DIW Berlin 2022). Die Befragung findet seit 1984 statt, die letzte derzeit verfügbare Welle (v37) bezieht sich auf das Jahr 2020. Im Zentrum der Befragung stehen neben objektiven Kriterien wie Haushalts- und Wohnungsgröße, Einkommen sowie der Ausstattung mit materiellen Gütern auch subjektive Angaben wie beispielsweise zur Lebenszufriedenheit. Bei den Einkommensdaten ist zu beachten, dass sich diese auf das Vorjahr der Befragung beziehen. Im Jahr 2020 etwa haben die Befragten Angaben zu ihrer Einkommenssituation im Jahr 2019 gemacht. Solche retrospektiv erhobenen Informationen haben den Nachteil, dass Aussagen zur Entwicklung der Einkommen erst mit zeitlicher Verzögerung gemacht werden können. Welche Auswirkungen die Covid-19-Pandemie oder der Ukraine-Krieg auf die Einkommensverteilung haben, lässt sich in den aktuell verfügbaren Einkommensdaten somit noch nicht ablesen. Einschränkend ist außerdem hinzuzufügen, dass das SOEP zwar zu den größten repräsentativen Erhebungen weltweit zählt, die Befragungseinheiten aber Privathaushalte sind und mithin keine Personen befragt werden, die in Gemeinschaftsunterkünften leben oder die wohnungslos sind (Frick/Krell 2011). Der unterste Rand der Einkommensverteilung wird in den SOEP-Daten daher nicht abgebildet. Dieses Problem ist aber kein Alleinstellungsmerkmal des SOEP, sondern betrifft grundsätzlich alle vergleichbaren repräsentativen Erhebungen. Für die Fragestellung, die im vorliegenden Verteilungsbericht untersucht wird, ist daher wichtig, anzumerken, dass das Ausmaß der Armut wie auch die Auswirkungen, die Armut für die Betroffenen hat, in Wahrheit sogar größer sein dürften. Gleichzeitig sind aber auch Topinkommen im SOEP untererfasst, sodass generell auch Einkommensungleichheit unterschätzt wird (Hlasny 2020). Das gilt ebenfalls für unsere zweite Datenquelle, die HBS-Lebenslagenbefragung.

Diese wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ der Hans-Böckler-Stiftung erhoben. Hierfür wurden zwischen November 2020 und Januar 2021 insgesamt 4.116 Personen telefonisch befragt. Die Stichprobe wurde auf Basis einer mehrstufigen, geschichteten Zufallsauswahl aus der Grundgesamtheit der deutschsprachigen Bevölkerung ab 16 Jahren gezogen. Auch die regionale Abdeckung wurde bei der Stichprobenziehung berücksichtigt, da eine anteilige Ziehung entsprechend der Bevölkerungszahl der Raumordnungsregionen Deutschlands erfolgte. Da die Befragung viele Items zur Erwerbstätigkeit enthält, stehen Erwerbstätige im Fokus und wurden deshalb überproportional ins Sample gezogen. Dennoch sind knapp 30 Prozent der Befragten in der HBS-Lebenslagenbefragung Erwerbslose oder Rentner*innen (Hövermann/Kohlrausch/Voss 2022).

Die Aufbereitung der Einkommensdaten aus dem SOEP erfolgt in vier Schritten: Zunächst werden für das Haushaltsnettoeinkommen die gesamten Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder summiert, also alle Erwerbs- und Kapitaleinkommen nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen, inklusive aller Transferzahlungen (z. B. Rentenbezüge, Kinder- oder Arbeitslosengeld). Zusätzlich wird die „imputed rent“ hinzuaddiert, also die fiktive Miethöhe von selbstgenutztem Wohneigentum, und in Preisen von 2015 umgerechnet. Anschließend wird das Einkommen gemäß des Haushaltsbedarfs mit der OECD-Äquivalenzskala gewichtet.⁶

In der HBS-Lebenslagenbefragung liegen die Einkommensdaten zum Teil nur für Einkommensklassen vor. In diesem Fall wird jeweils der Mittelwert zwischen oberem und unterem Ende einer Einkommensklasse als Haushaltseinkommen verwendet. Auch hier werden die Nettohaushaltseinkommen mit der OECD-Äquivalenzskala für unterschiedliche Haushaltszusammensetzungen vergleichbar gemacht. Damit bezieht sich Einkommen im Folgenden für die SOEP-Daten wie auch für die HBS-Lebenslagenbefragung immer auf das bedarfsgewichtete, verfügbare Haushaltsnettoeinkommen. Da die SOEP-Daten inflationsbereinigt wurden, spricht man in diesem Fall auch vom *real verfügbaren äquivalenzgewichteten Nettohaushaltseinkommen*.

⁶ Der Haushaltsvorstand erhält ein Gewicht von 1, jedes weitere Mitglied ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5. Kinder unter 14 Jahren werden mit 0,3 gewichtet. So erhält beispielsweise eine 5-köpfige Familie (Eltern, drei Kinder im Alter von 17, 15 und 12 Jahren) ein Gewicht von 2,8.

Für die Darstellung des Sozialprofils der Armen und die Analysen zur Lebenssituation armer Menschen beschränken wir uns auf die Gruppe der dauerhaft Armen – definiert als die Personen, die zwischen 2015 und 2019 durchgehend ein Einkommen unterhalb der 60 Prozent-Armutsgrenze hatten. Das erhöht die Aussagekraft der Daten, da transitorische Armut (also kurze Armutsepisoden) nicht be-

rücksichtigt wird. Solche vorübergehenden, kurzen Phasen von Armut führen nicht unbedingt gleich zu einer deutlichen Einschränkung der gesellschaftlichen Teilhabe, da die fehlenden Ressourcen in einigen Fällen übergangsweise noch ausgeglichen werden können (etwa durch vorhandenes Vermögen oder bestehende berufliche Netzwerke).

4 EINKOMMENSUNGLEICHHEIT UND ARMUT IN DEUTSCHLAND 2010-2019

Das im vorliegenden Verteilungsbericht verwendete Armutskonzept definiert Armut relativ zur Gesamtverteilung der Einkommen. Es ist daher gleichzeitig auch ein Ungleichheitsmaß. Um dieser Einbettung von Armut in die gesamtgesellschaftliche Verteilung zu berücksichtigen, ist es sinnvoll, sich zunächst der generelleren Frage zu widmen, wie die Einkommen in Deutschland insgesamt verteilt sind. Hierfür eignet sich der *Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen*, mit dem sich darstellen lässt, wie sich die Einkommensungleichheit in Deutschland in den letzten Jahren insgesamt verändert hat (Abbildung 1).

Bereits auf den ersten Blick sind drei entscheidende Entwicklungen der Ungleichverteilung der Einkommen ersichtlich: 1. Die Einkommensungleichheit liegt im Jahr 2019 deutlich über dem Niveau von 2010; 2. Die Ungleichheit hat am aktuellen Rand einen neuen Höchststand erreicht; 3. Der Gini-Koeffizient entwickelt sich wellenförmig.

Die Entwicklungen im Einzelnen: In den ersten vier Jahren des Untersuchungszeitraums findet ein fast kontinuierlicher Anstieg der Ungleichheit statt: von 0,283 auf 0,293 im Jahr 2013. Zum Jahr 2018

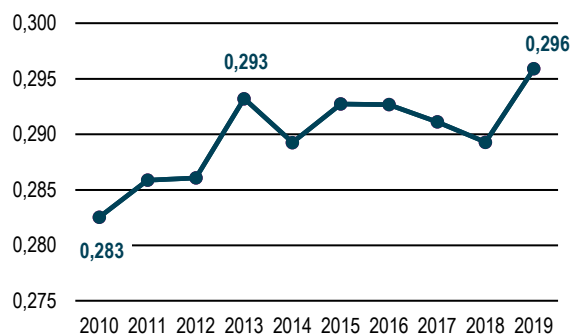
geht der Koeffizient dann leicht auf knapp unter 0,29 zurück. Im Jahr 2019 ist schließlich mit einem Wert von 0,296 das bislang höchste Ausmaß an Ungleichheit erreicht. Auch vor 2010 lag der Gini-Koeffizient nie über diesem Wert; selbst in den Jahren der Massenarbeitslosigkeit Anfang der 2000er Jahre oder während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 war er nie höher als jetzt (Spannagel/Molitor 2019). Wir können also festhalten, dass die Einkommen in Deutschland nie so ungleich verteilt waren wie im Jahr 2019. Ob der deutliche Anstieg zwischen 2018 und 2019 den Beginn einer neuen Phase steigender Einkommensungleichheit ankündigt, oder ob es sich hier nur um einen einmaligen Sprung handelt, lässt sich mit den aktuell verfügbaren SOEP-Daten aber nicht sagen.

Will man die Entwicklung der Einkommensungleichheit weiter aufschlüsseln, ist ein Blick auf den Verlauf der Armut- und Reichtumsquoten hilfreich. Zunächst zu den Entwicklungen am oberen Ende der Verteilung (Abbildung 2):

Im Jahr 2019 sind knapp 7,3 Prozent der Deutschen einkommensreich. Das sind etwas weniger als zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Mit rund 8,3 Prozent liegt der Anteil der Reichen im Jahr 2012 am höchsten, seitdem ist er in der Tendenz leicht rückläufig. Die Subgruppe der sehr Reichen liegt über die untersuchten Jahre hinweg konstant bei etwas unter 2 Prozent. Das Ausmaß an *Einkommensreichtum* ist damit insgesamt recht stabil, mit einer zuletzt leicht rückläufigen Tendenz.⁷ Der zeitgleiche Anstieg der Einkommensungleichheit, den der Gini-Koeffizient belegt, legt die Vermutung nahe, dass die Einkommensarmut in diesem Zeitraum gewachsen ist. Und in der Tat: Die Armutquoten steigen über die untersuchten Jahre hinweg deutlich an (Abbildung 3).

Abbildung 1

Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2010–2019

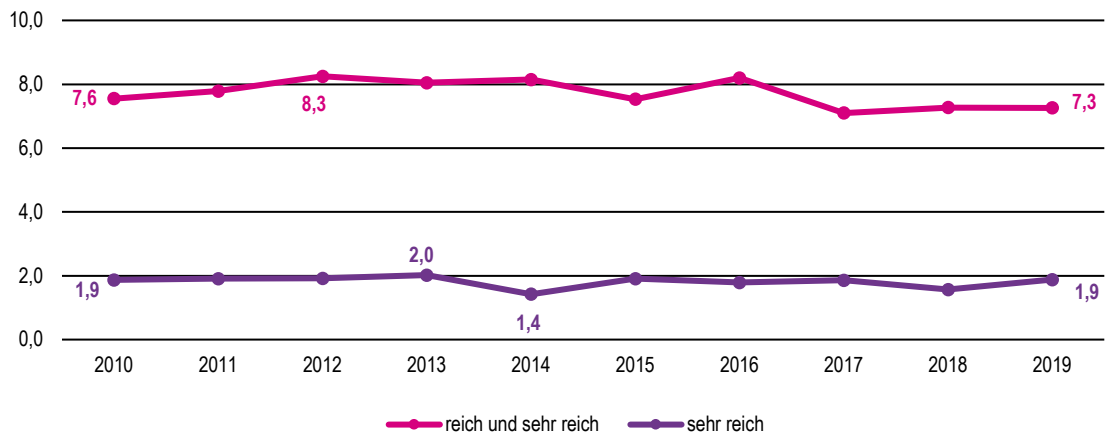


Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen.

⁷ Allerdings sind – wie bereits erwähnt – in den SOEP-Daten Topeinkommen untererfasst. Die tatsächlichen Entwicklungen dürften daher deutlich ausgeprägter sein, als die hier dargestellten Daten vermuten lassen.

Abbildung 2

Einkommensreichtum in Deutschland, 2010–2019
Angaben in Prozent

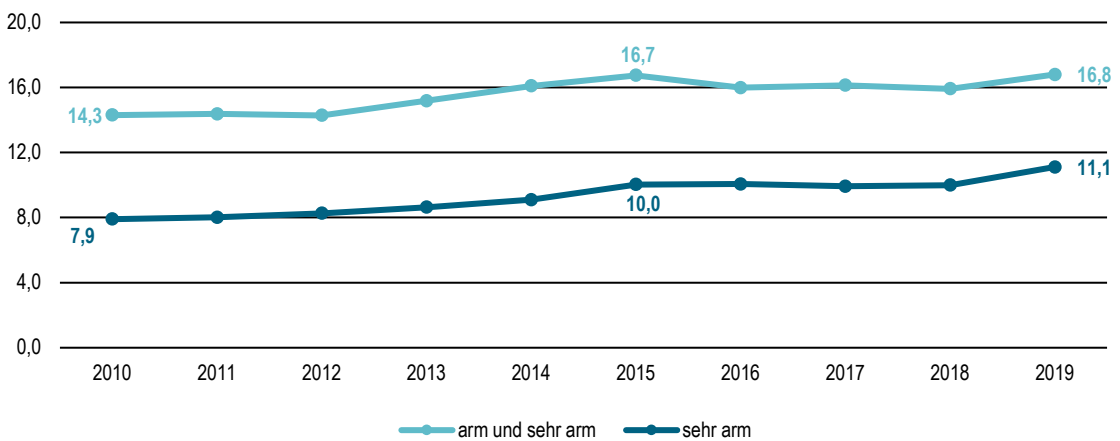


Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen. Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens (Gesamtgruppe der Reichen) bzw. mehr als 300 Prozent (Teilgruppe der sehr Reichen) leben.



Abbildung 3

Einkommensarmut in Deutschland, 2010–2019
Angaben in Prozent



Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen. Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens (Gesamtgruppe der Armen) bzw. weniger als 50 Prozent (Teilgruppe der sehr Armen) leben.



Sowohl der Anteil der Armen als auch der der sehr Armen erreicht im Jahr 2019 einen neuen Höchststand – selbst in den Jahren nach der Wiedervereinigung oder in der Wirtschaftskrise 2009 lagen die Armutsquoten niedriger als heute (vgl. hierzu Spannagel/Molitor 2019). In diesem Jahr sind fast 16,8 Prozent der Deutschen von Armut betroffen, mehr als 11 Prozent sind sehr arm. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums waren 14,3 Prozent der Bevölkerung arm und weniger als 8 Prozent sehr arm. Die Armutsquote ist damit in nicht mal zehn Jahren um 2,5 Prozentpunkte (oder 17,5 Prozent) gestiegen, bei großer Armut liegt die Zunahme bei über 3 Prozentpunkten und damit bei über 40 Prozent. Die Gruppe der sehr Armen ist mithin, absolut wie auch relativ betrachtet, noch stärker gewachsen als die Gesamtgruppe der Armen. Der Anstieg bei der Gesamtgruppe konzentriert sich auf die Jahre 2012–2015. Die Zahl der sehr Armen wächst bereits ab dem Jahr 2010. In beiden Gruppen ist die Zunahme nach 2015 etwas gebremst.⁸ Zum letzten Jahr hin zeigt sich dann erneut jeweils ein deutlicher Anstieg. Auch hier gilt wieder wie schon beim Gini-Koeffizienten: Die Zunahme zwischen 2018 und 2019 kann sehr wohl der Beginn einer neuen Phase steigender Armut sein, kann aber auch eine einmalige Entwicklung darstellen. Erste Hinweise aus anderen Datenquellen deuten aber darauf hin, dass der Anstieg sich fortsetzt (Grabka 2022, S. 336). Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen in Deutschland scheint eine solche Annahme plausibel.

Mit Blick auf die zentrale Fragestellung dieses Verteilungsberichts können wir an dieser Stelle Folgendes festhalten: In Deutschland sind seit dem Jahr 2010 immer mehr Haushalte von Armut betroffen. Dabei hat vor allem der Anteil der Haushalte, die von weniger als der Hälfte des Medianeinkommens leben müssen, deutlich zugenommen. Offen ist an dieser Stelle aber, ob die wachsende Zahl an Armen auch stärker von Armut betroffen ist. Um das zu beantworten, eignet sich ein Blick auf die Armutslücke, die den Betrag angibt, der Armen im Schnitt fehlt, um über die Armutsgrenze zu kommen:

⁸ Der deutliche Anstieg der relativen und absoluten Armut zwischen 2012 und 2015 ist vor allem auf die Ankunft von Geflüchteten in Deutschland zurückzuführen, die im SOEP durch die „Geflüchteten samples“ repräsentiert sind. Unter Ausschluss dieser Samples (Sample M1–M5) zeigt sich eine sehr ähnliche Entwicklung des Gini-Koeffizienten sowie der Armutsquote, wenn auch jeweils auf niedrigerem Niveau (Gini 2019: 0,287; Einkommensarmut 2019: 15,1 Prozent, davon sehr arm: 9,5 Prozent; Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt). Auch in absoluten Zahlen ist der Anstieg der Einkommensarmut zu beobachten: Zwischen 2010 und 2019 wuchs die Zahl der armen Bevölkerung an.

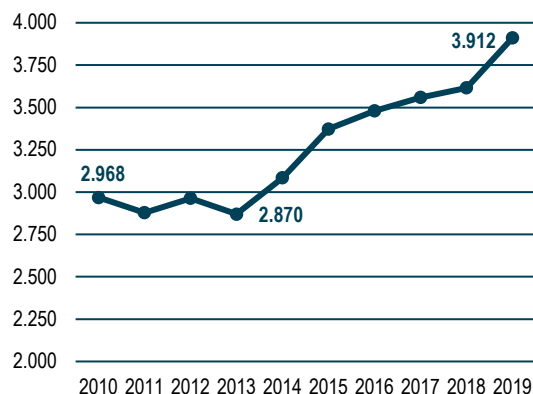
2019 lag dieser für einen Einpersonenhaushalt im Jahr durchschnittlich bei fast 4.000 Euro. Neun Jahre zuvor lag diese Einkommenslücke noch rund 1.000 Euro niedriger (Abbildung 4). Im Jahr 2019 muss ein von Armut betroffener Einpersonenhaushalt somit im Schnitt für das ganze Jahr mit nur wenig mehr als 10.000 Euro zurechtkommen (Angaben in Preisen von 2015; Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt).

Es fällt auf, dass sich zwischen 2010 und 2013 die *Armutslücke* tendenziell leicht schließt, ab dann aber kontinuierlich ansteigt. Interessant ist es, diese Entwicklung mit dem Verlauf der Medianeinkommen zu vergleichen (vgl. Tabelle 3 im Anhang). Die mittleren Einkommen steigen seit dem Jahr 2013 bis zum letzten Jahr des Untersuchungszeitraums durchgehend an – ein Ausdruck der guten wirtschaftlichen Lage in diesen Jahren. Hier zeigt sich deutlich, dass die armen Haushalte von diesem Aufschwung nicht profitieren können, sondern den Anschluss daran verlieren.

Hinter all diesen hier dargelegten Entwicklungen im Bereich der Einkommensarmut und der Einkommensungleichheit steht mehr als nur die Veränderung abstrakter Maßzahlen. Steigt die Ungleichheit an und vertieft sich Armut, hat das ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben der Armen. Bevor wir uns diese Folgen genauer anschauen, stellt sich aber zunächst die Frage, welche Gruppen in Deutschland besonders von Armut betroffen sind.

Abbildung 4

Armutslücke, 2010–2019 Angaben in Euro



Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen.
Einkommensbetrag, der armen Haushalten im Schnitt fehlt, um über die 60 Prozent-Armutsgrenze zu kommen, Angaben in Preisen von 2015.



5 SOZIALPROFIL DER ARMEN

Die Zahl der Armen ist in den vergangenen Jahren gestiegen und die Betroffenen sind in der Tendenz zunehmend tiefer in Armut gerutscht. Das haben die Analysen im vorangegangenen Abschnitt gezeigt. Dieser Teil untersucht nun, ob es soziale Merkmale gibt, welche für die Armen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung typisch sind?⁹ Um dieser Frage nachzugehen, legen wir dar, wie die soziodemografische Struktur der Menschen aussieht, die in von Armut betroffenen Haushalten leben (Tabelle 1).

Die Daten weisen auf ein deutliches Wohlstandsgefälle zwischen beiden Landesteilen hin: 29 Prozent der Armen leben im Jahr 2020 in Ostdeutschland. Auf die Gesamtbevölkerung bezogen leben hier in diesem Jahr aber lediglich insgesamt 18 Prozent.¹⁰

Auch Frauen sind unter den Armen überrepräsentiert. Der Abstand zur Gesamtbevölkerung beträgt 10 Prozentpunkte; Armut ist in der Tendenz also weiblich.

Ein eindeutiges Ergebnis zeigt sich mit Blick auf die Migrationsdimension. Einen direkten oder indirekten Migrationshintergrund haben unter den Armen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich mehr Menschen (38 Prozent zu 16 Prozent). Dabei sind Personen mit einem direkten Migrationshintergrund noch stärker von Armut betroffen als Menschen mit einem indirekten Migrationshintergrund (23 Prozent zu 15 Prozent).

Bei der Altersstruktur finden wir folgendes Ergebnis: Kinder und junge Erwachsene unter 25 Jahren sind unter den Armen etwas stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung (25 Prozent gegenüber 17 Prozent in der Gesamtbevölkerung). Das gilt auch für ältere Menschen ab 55 bzw. für jene ab 65 Jahren. Die mittleren Altersgruppen, die üblicherweise im Erwerbsleben stehen, finden sich unter den Armen seltener. Diese Befunde zeigen die große Rolle, die Erwerbsarbeit bei der Vermeidung von Armut spielt, und geben einen Hinweis auf die Bedeutung von Kinder- und Altersarmut, also Armut unter Personen, die noch nicht bzw. nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind bzw. die noch in Ausbildung sind.

Ein sehr deutliches Bild ergibt sich mit Blick auf die Haushaltstypen: Singlehaushalte, in denen es ja maximal ein *Erwerbseinkommen* gibt, sind überdurchschnittlich oft von Armut betroffen (42 Prozent gegenüber 20 Prozent in der Gesamtbevölke-

rung). Im Gegenzug sind nur 17 Prozent der Armen Paare ohne unterhaltspflichtige Kinder, in der Gesamtbevölkerung sind es fast doppelt so viele. Alleinerziehende, wiederum eine Haushaltskonstellation mit maximal einem Erwerbseinkommen, sind unter den Armen deutlich häufiger als in der Gesamtbevölkerung (7 Prozent zu 1 Prozent).

Welch große Bedeutung Erwerbstätigkeit als Schutz gegen Armut hat, bestätigen auch die Daten zum Erwerbsstatus: Mehr als jede*r fünfte Arme ist arbeitslos, in der Gesamtbevölkerung sind es nur 3 Prozent. Wenn die Armen in Arbeit sind, dann überdurchschnittlich häufig als Arbeiter*innen oder als Angestellte mit einfachen Tätigkeiten. Beamte*innen sind kaum zu finden, Rentner*innen hingegen sind unter den Armen deutlich überrepräsentiert (45 Prozent zu 36 Prozent in der Gesamtbevölkerung) – eine Gruppe, die üblicherweise nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt aktiv ist.

Arme Haushalte schöpfen zumeist – aus verschiedensten Gründen – ihr Erwerbspotenzial bei weitem nicht aus. Das sieht man, wenn man die Erwerbsintensität der von Armut betroffenen Haushalte betrachtet. Dieser Indikator gibt an, in welchem Ausmaß die Mitglieder eines Haushalts im erwerbsfähigen Alter tatsächlich auch erwerbstätig sind. Arbeiten all diese Personen in Vollzeit, so liegt die Erwerbsintensität eines Haushalts bei 100 Prozent. Ein Wert von 0 Prozent ist erreicht, wenn keine Person im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig ist. Was die Daten zeigen: In der Gesamtbevölkerung erreicht knapp die Hälfte aller Haushalte eine Erwerbsintensität von 75 Prozent oder mehr, bei den armen Haushalten sind es lediglich 8 Prozent. Umgekehrt gilt: Fast zwei Drittel der armen Haushalte haben eine Erwerbsintensität von nicht einmal 25 Prozent, in der Gesamtbevölkerung betrifft dies nicht einmal jeden fünften Haushalt.

Ein sehr klares Bild zeigt sich auch in der Bildungsdimension: Deutlich über die Hälfte der Armen hat maximal einen Hauptschulabschluss (gegenüber 34 Prozent in der Gesamtbevölkerung). Die Fachhochschulreife bzw. das Abitur hat nur knapp jede*r siebte Arme abgelegt (Gesamtbevölkerung 32 Prozent), gerade mal 12 Prozent haben einen tertiären Bildungsabschluss – auf die Gesamtbevölkerung bezogen sind es fast doppelt so viele.

Wenn man all diese Befunde zusammenfasst, ergibt sich ein klares Bild davon, wer typischerweise von Armut betroffen ist: Haushalte, die eine geringe Erwerbsbeteiligung haben; also Arbeitslose und Rentner*innen einerseits und Alleinlebende, gerade auch Alleinerziehende, oder Teilzeitbeschäftigte und Personen mit einem niedrigen Bildungsgrad andererseits.

⁹ Wenn im Folgenden von Armut (bzw. Reichtum) die Rede ist, ist damit dauerhafte Armut (bzw. dauerhafter Reichtum) gemeint, also ein verfügbares Einkommen, das zwischen 2015 und 2019 durchgehend unter 60 Prozent (bzw. über 200 Prozent) des Medianeinkommens lag.

¹⁰ Von den Reichen leben sogar nur 7 Prozent im Osten des Landes (Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt).

Sozialprofil der dauerhaft Armen und der Gesamtbevölkerung, 2020

Angaben in Prozent

		Dauerhaft Arme	Gesamtbevölkerung
Region	Ost	29	18
	West	71	82
Geschlecht	Frau	65	55
	Mann	35	45
Migrations- biographie	kein Migrationshintergrund	62	83
	direkter MH	23	10
	indirekter MH	15	6
Alter	unter 15	12	9
	15 bis 24	13	8
	25 bis 34	11	7
	35 bis 44	13	12
	45 bis 54	8	16
	55 bis 64	14	18
Haushalts- konstellation	65 und älter	29	30
	Single	42	20
	Paar ohne unterhaltsberechtigter Kinder	17	36
	Alleinerziehende	7	1
	Paar mit Kind	9	18
Erwerbsstatus	Sonstige	24	24
	Selbstständig	2	4
	Beamte*r	1	5
	Angestellte*r (einfache Tätigkeit)	13	10
	Angestellte*r (komplexere Tätigkeit)	7	30
	Arbeiter*in	11	13
	Rentner*in	45	36
	Arbeitslos	21	3
Arbeits- intensität*	Bis zu 25 %	59	11
	25–50 %	15	7
	50–75 %	18	29
	über 75 %	8	53
Schulabschluss	kein Schulabschluss/Hauptschule	55	34
	Realschule	29	34
	Fachhochschulreife/Abitur	15	32
Hochschul- abschluss	kein Uni-/FH-Abschluss	88	78
	Uni/FH	12	22

Lesebeispiel: 21 Prozent der Personen in dauerhaft armen Haushalten waren im Jahr 2020 arbeitslos, in der Gesamtbevölkerung waren es 3 Prozent.

*Die Arbeitsintensität entspricht dem Anteil an vollzeiterwerbstätigen Personen unter allen Erwerbsfähigen im Alter von 18 bis 65 in einem Haushalt (Beispiel 1: zwei erwerbsfähige Erwachsene, beide arbeiten Vollzeit: Arbeitsintensität = 100 Prozent, Beispiel 2: zwei erwerbsfähige Erwachsene, einer arbeitslos, einer in 50 Prozent-Teilzeit: Arbeitsintensität = 25 Prozent).

Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen.

Dauerhaft Arme: Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen leben, das zwischen 2015 und 2019 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens lag.

6 LEBENSLAGEN DER ARMEN

Einkommensarmut hat in Deutschland in der letzten Dekade deutlich zugenommen. Wie oben dargestellt, wirkt sich Einkommensarmut auf viele Lebensbereiche aus und schränkt direkt und indirekt die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen ein. Um die vielschichtigen Auswirkungen beleuchten zu können, die Einkommensarmut für die Betroffenen hat, knüpfen wir an den Lebenslagenansatz an und greifen die fünf zentralen Lebenslagen auf, anhand derer sich darstellen lässt, was es bedeutet, in Deutschland arm zu sein.

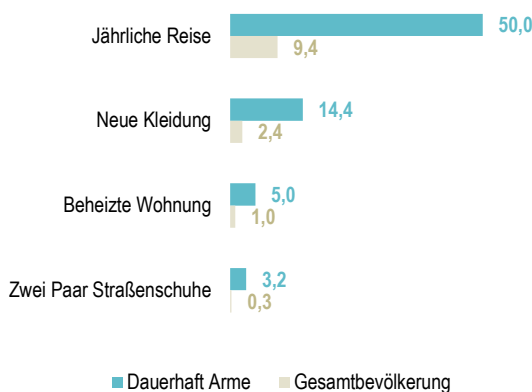
Die Einkommenssituation der Armen hier näher zu betrachten, ist wenig sinnvoll; ein niedriges Einkommen ist per Definition für Armut kennzeichnend. Einkommensarmut geht aber zusätzlich auch häufig mit einem geringen oder gar nicht vorhandenen Vermögen einher: Denn wer nur ein geringes Einkommen erzielt, kann kaum Vermögen ansparen. Bei Einkommensausfall oder bei anfallenden größeren Summen muss dann auf das wenig Angesparte zurückgegriffen oder gegebenenfalls sogar Schulden aufgenommen werden (Statistisches Bundesamt 2021; Tiefensee 2017).

Als Erweiterung der Einkommens- und Vermögensdimension richten wir den Blick deshalb auch auf die materielle Deprivation – also die materielle Mangellagen – der Armen (Abbildung 5). Hier zeigen die Daten deutliche materielle Defizite bei der armen Bevölkerung: So unternimmt jede*r zweite Arme aus finanziellen Gründen nicht ein einziges Mal im Jahr eine Urlaubsreise – zum Vergleich: in der Gesamtbevölkerung betrifft das nur jede zehnte

Abbildung 5

Facetten materieller Deprivation, 2020

Anteil der Personen, die sich ein Item nicht leisten können, in Prozent



Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen.
Dauerhaft Arme: Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen leben, das zwischen 2015 und 2019 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens lag.

WSI

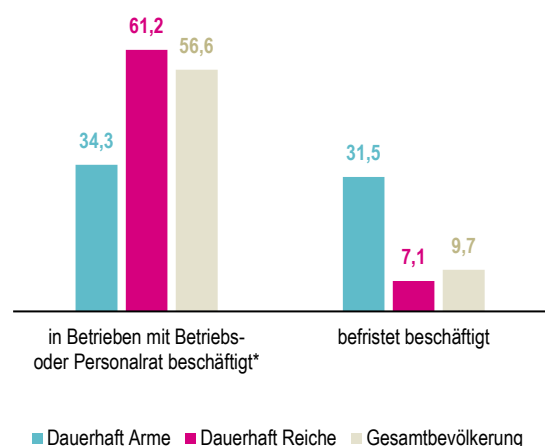
Person. Noch drastischer zeigt sich die materielle Deprivation der Armen bei alltäglichen Grundgütern. Während es sich in der Gesamtbevölkerung nur insgesamt 2,4 Prozent finanziell nicht erlauben können, neue Kleidung zu erwerben, ist der Anteil in der armen Bevölkerung sechsmal höher (14,4 Prozent). Zudem können es sich 5 Prozent der Armen nicht leisten, ihre Wohnung zu heizen. Durch die aktuell stark steigenden Energiepreise dürfte dieser Anteil inzwischen höher sein, denn die Heizkosten fallen gerade bei den ärmeren Haushalten stark ins Gewicht (Dullien/Tober 2022). Ein weiterer Aspekt materieller Deprivation bei den Armen: 3 Prozent geben an, sich nicht mal ein zweites Paar Straßenschuhe leisten zu können – in der Gesamtbevölkerung betrifft das nur einen verschwindend geringen Anteil. Dabei ist an dieser Stelle nochmal explizit darauf hinzuweisen, dass das hier dargestellte Ausmaß an materieller Deprivation sehr wahrscheinlich unterschätzt ist, da im SOEP Personen ohne festen Wohnsitz nicht erfasst werden.

Eine weitere Lebenslage, in der sich Armut bemerkbar macht, ist Bildung. Hier greifen wir das Konzept der Bildungsarmut auf, welches das Nicht-Erreichen eines Mindestmaßes an Bildungskompetenzen oder -zertifikaten beschreibt (Kohlrausch 2019, S.179f.). Wie oben gezeigt, haben Arme oft nur niedrige formale Bildungsabschlüsse (vgl. Tabelle 1).

Abbildung 6

Beschäftigungssituation der dauerhaft Armen, dauerhaft Reichen und der Gesamtbevölkerung, 2020

Anteile in Prozent



* Stand 2019

Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen.
Dauerhaft Arme: Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen leben, das zwischen 2015 und 2019 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens lag; dauerhaft Reiche: Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen leben, das zwischen 2015 und 2019 durchgängig über 200 Prozent des Medianeinkommens lag.

WSI

Der Anteil der Personen ohne Schulabschluss bzw. mit maximal Hauptschulabschluss liegt bei den Armen mit 55 Prozent deutlich über dem Durchschnitt (34 Prozent). Gerade Hauptschulabsolvent*innen oder Personen ohne Schulabschluss sehen sich beim Übergang in die berufliche Ausbildung mit großen Hürden konfrontiert (Kohlrausch 2019). Dies hat zur Folge, dass ein wesentlicher Teil dieser Personen nach Ende der Schulzeit keine vollqualifizierende berufliche Ausbildung beginnen kann (ebd.).

Dieser Zusammenhang zeigt sich auch in den SOEP-Daten. Arme haben seltener einen beruflichen Ausbildungsabschluss: Während in der Gesamtbevölkerung nur jede*r Zehnte ohne beruflichen Ausbildungsabschluss ist, betrifft das in der armen Bevölkerung jede*n Dritten (Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt). Der starke Zusammenhang zwischen Einkommens- und Bildungsarmut verdeutlicht, dass es für arme Menschen immer schwerer wird, die Armut zu verlassen. Denn vor allem berufliche Qualifikationsabschlüsse ermöglichen es, aufzusteigen (Kohlrausch 2019).

Eine weitere wichtige Lebenslage, in der sich Einkommensarmut bemerkbar macht, ist die Erwerbsarbeit. Im Abschnitt zum Sozialprofil der Armen hat sich das schon deutlich gezeigt.

Doch nicht nur das Ausmaß der Erwerbstätigkeit selbst ist bei Armen oft eingeschränkt, auch die Arbeitsbedingungen sind schlechter (Abbildung 6): Nur jede*r dritte Arme arbeitet in einem mitbestimmten Betrieb; in der Gesamtbevölkerung sind es über 50 Prozent; bei den Reichen sind es dann mehr als 60 Prozent. Deutlich mehr Arme haben lediglich eine befristete Beschäftigung (32 Prozent); gegenüber 10 Prozent in der Gesamtbevölkerung bzw. 7 Prozent bei den Reichen. Eine befristete Beschäftigung ist mit einer großen Arbeitsplatzunsicherheit verbunden und birgt Risiken für zukünftige Erwerbschancen. Befristete Beschäftigte nehmen seltener an Weiterbildungsmöglichkeiten teil und ihre Löhne weisen eine geringere Steigerung auf als die von unbefristeten Beschäftigten. Sie haben zudem innerhalb des Betriebs eine schlechtere Verhandlungsposition. Außerdem kann eine befristete Beschäftigung von potenziell neuen Arbeitgeber*innen negativ bewertet werden (Auer/Danzer/Fichtl 2015).

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Arbeitsbedingungen ist der Grad der beruflichen Autonomie. Hierfür wird in der Literatur üblicherweise zwischen fünf Kategorien der Handlungsautonomie unterschieden, deren Einteilung auf der „SIOPS-Prestige-Skala“ basiert (Hoffmeyer-Zlotnik/Warner 2011, siehe Kasten „Stufen der Handlungsautonomie“).

Stufen der Handlungsautonomie

Sehr geringe Handlungsautonomie

betrifft vor allem un- und angelernte Beschäftigte mit manuellen Tätigkeiten. Geringe Handlungsautonomie gilt für Beschäftigte mit einfachen Tätigkeiten in der Produktion, im Dienstleistungssektor, in der Metallverarbeitung und im traditionellen Handwerk.

Beschränkte Handlungsautonomie

umfasst schwierigen Aufgaben nach Anweisung und Personen mit mittleren Ausbildungsabschluss.

Höhere Handlungsautonomie

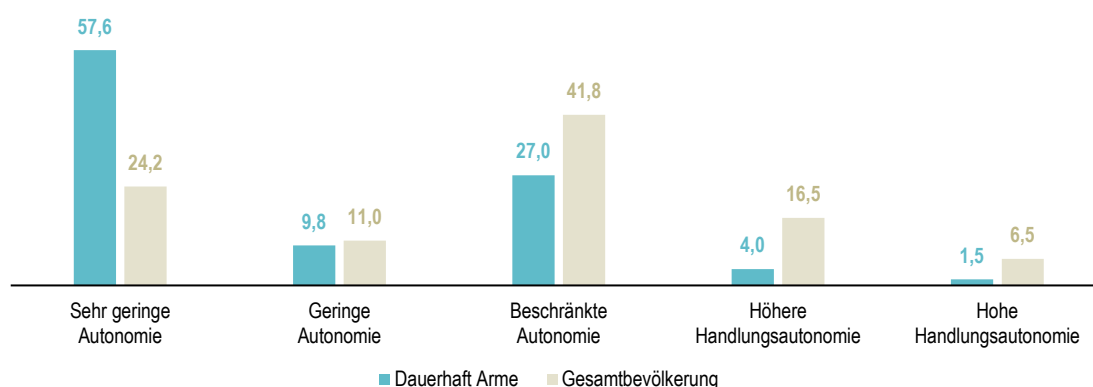
betrifft abhängige oder selbstständige Beschäftigte, die eine Tätigkeit mit begrenzter Personalverantwortung bzw. eine verantwortungsvollere Tätigkeit mit selbstständiger Leistung, aber keinem hohen Prestige ausführen und die gleichzeitig einen (Fach-) Hochschulabschluss haben.

Hohe Handlungsautonomie

haben freiberufliche Akademiker*innen und Personen in leitender Funktion mit umfassenden Führungs- und Entscheidungsbefugnissen.

Berufliche Autonomie der dauerhaft Armen und der Gesamtbevölkerung, 2020

Angaben in Prozent



Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen.

Dauerhaft Arme: Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen leben, das zwischen 2015 und 2019 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens lag. Die Einteilung in die Autonomiegruppen basiert auf der „SIOPS-Skala“. Sehr geringe Handlungsautonomie: SIOPS 6–32, geringe Handlungsautonomie: SIOPS 33–41; beschränkte Handlungsautonomie: SIOPS 42–50; abhängige oder selbstständige Position: SIOPS 51–63; hohe Handlungsautonomie: SIOPS >64, Einordnung gemäß Bundesinstitut für Berufsbildung (2022).

WSI

Die Daten zur beruflichen Autonomie zeigen ein eindeutiges Bild (Abbildung 7): Arme arbeiten überwiegend, zu 58 Prozent, in Berufen mit einer sehr geringen Handlungsautonomie. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung arbeitet nicht mal jede vierte Person in solch einem Beruf. Umgekehrt arbeiten Arme kaum in Berufen mit höherer (4 Prozent) oder hoher Handlungsautonomie (2 Prozent).

In der Gesamtbevölkerung sind dies immerhin 17 Prozent (höhere Autonomie) bzw. 7 Prozent (hohe Autonomie).¹¹ Das bedeutet, dass Arme – falls sie am Erwerbsleben teilnehmen – auch in ihrem Beruf weniger gesellschaftliche Teilhabe erfahren.

Armut schlägt sich auch in der Wohnsituation der Betroffenen nieder. Am drastischsten zeigt sich dies bei Wohnungslosigkeit. Diese betraf nach Zahlen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung im Jahr 2018 in Deutschland 678.000 Personen (BMAS 2021, S. 495). Allerdings beruhen diese Zahlen auf Schätzungen, da Wohnungslose schwer zu erfassen sind und es bislang keine offizielle Wohnungslosenstatistik gibt (Dittmann/Drilling 2019, S. 285f.). Doch auch für diejenigen, die eine Wohnung haben, ist Armut mit schlechterer Wohnqualität verbunden. Das wird zum Beispiel bei der Größe der Wohnung deutlich. Um Wohnungsgrößen vergleichbar zu machen,

greifen wir auf die im Abschnitt „Daten und Methoden“ eingeführte Äquivalenzgewichtung zurück.¹² Mit dieser Gewichtung wird berücksichtigt, dass je nach Größe eines Haushalts und seiner Zusammensetzung eine unterschiedlich große Wohnung benötigt wird. So brauchen Mehrpersonenhaushalte beispielsweise nur eine Küche und auch der Bedarf an Badezimmern steigt üblicherweise nicht linear mit der Zahl der Haushaltsmitglieder an. Zudem benötigen kleinere Kinder in der Regel weniger Platz als größere.

Vergleicht man die äquivalenzgewichtete, durchschnittliche Wohnfläche, finden sich erhebliche Unterschiede für Arme und Reiche bzw. für die Gesamtbevölkerung (Abbildung 8). Eine alleinlebende, arme Person lebt im Schnitt auf lediglich 45 m². Wer reich ist, verfügt fast über 100 m², in der Gesamtbevölkerung sind es 66 m².

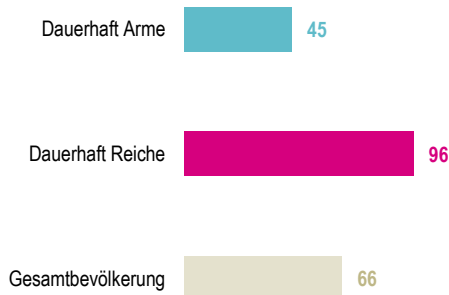
¹¹ Unter den Reichen arbeitet mehr als jede*r Zweite in einem Beruf mit höherer oder hoher Autonomie (Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt).

¹² Für die Vergleichbarkeit von Wohnfläche gibt es in der Literatur keinen Standard für die Äquivalenzgewichtung. Im Armuts- und Reichtumsbericht (BMAS 2021, S. 460ff.) werden hierfür beispielsweise Haushaltstypen nach der von Meyer-Ehlers entwickelten Skala zur „optimalen Wohnflächenermittlung“ (ebd., S. 460) miteinander verglichen. Diese Variante ist besonders dann sinnvoll, wenn die Wohnfläche verschiedener Haushaltstypen vergleichend untersucht werden soll. Wenn aber wie in diesem Bericht vor allem der Vergleich der Wohnfläche über verschiedene Einkommensklassen im Fokus steht, eignen sich auch andere bedarfsorientierte Gewichtungen wie die OECD-Äquivalenzskala, die bereits für das Einkommen herangezogen wurde (Haushaltsvorstand Gewicht von 1, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahren Gewicht von 0,5 und Kinder bis 14 Jahre mit 0,3 gewichtet).

Abbildung 8

Durchschnittliche äquivalenzgewichtete Wohnfläche der dauerhaft Armen, dauerhaft Reichen und der Gesamtbevölkerung, 2020

Angaben in m²



Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen.

Dauerhaft Arme: Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen leben, das zwischen 2015 und 2019 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens lag. Dauerhaft Reiche: Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen leben, das zwischen 2015 und 2019 durchgängig über 200 Prozent des Medianeinkommens lag.

WSI

Zusammengefasst bedeutet das: Wer arm ist, muss sich auch mit weniger Wohnraum begnügen.

Ärmere Personen leben aber nicht nur in kleineren Wohnungen, sie haben auch eine deutlich geringere Wohnqualität. So zeigen Auswertungen von Spellerberg und Giehl (2019), dass 4 Prozent der armen, städtischen Bevölkerung auf Teile der Standardausstattung (WC, Bad oder Dusche, Heizung) verzichten müssen. Keine Zentral- oder Einzelheizung haben 10 Prozent der ostdeutschen, armen bzw. 7 Prozent der westdeutschen, armen Haushalte. Hinzu kommt, dass arme Haushalte deutlich häufiger in renovierungsbedürftigen Wohnungen leben (51 Prozent Arme zu 30 Prozent Gesamtbevölkerung) (Spellerberg/Giehl 2019, S. 277).

Nicht zuletzt ist Armut auch mit deutlichen negativen Folgen für den Gesundheitszustand verbunden. Es ist schon lange bekannt, dass Armut mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für chronische Krankheiten wie Herzerkrankungen, Diabetes Mellitus oder chronischer Bronchitis, aber auch einem höheren Risiko für Krebserkrankungen und psychische Störungen einhergeht (u.a. Geyer 2008; Lampert 2019). All dies resultiert in einem erhöhten Mortalitätsrisiko der Armen (Lampert 2019). Konkret: Arme Frauen sterben im Schnitt vier Jahre, arme Männer sogar acht Jahre früher als reiche Frauen bzw. Männer (Lampert/Hoebel/Kroll 2019).

Fasst man die Ergebnisse zu den Lebenslagen der Armen zusammen, ergibt sich ein düsteres Bild: Wer in Deutschland arm ist, erlebt eine Unterversorgung an existenziellen Gütern, hat weniger Zugang zu Bildung, lebt auf engerem Wohnraum, arbeitet unter schlechteren Bedingungen und hat ein höheres Risiko zu erkranken. Hinzu kommt, dass Menschen, die heute arm sind, aufgrund ihres geringen Einkommens auch im Alter schlechter abgesichert sind. So geben nur 12 Prozent der armen Bevölkerung an, im Alter voraussichtlich (sehr) gut finanziell abgesichert zu sein – im Vergleich zu 30 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Weiterhin geben Arme auch seltener an, für den Fall der Arbeitslosigkeit oder von Krankheit finanziell gut abgesichert zu sein, gleichwohl ist ihr Risiko arbeitslos oder krank zu werden, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich erhöht (Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt).

Die hier abgebildeten nachteiligen Lebensbedingungen der Armen belegen eine objektiv messbare eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe. Offen ist aber, inwiefern diese Benachteiligungen sich auf die Lebensqualität der Betroffenen auswirken und welche Folgen sie für die politische Integration der Armen haben. Diesen Fragen geht der folgende Abschnitt nach.

7 SUBJEKTIVE FOLGEN VON ARMUT

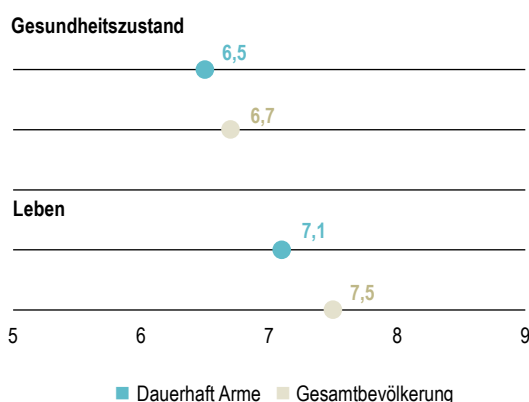
Wie gerade gezeigt: Armut führt zu materieller Deprivation und zu Unterversorgung in zentralen Lebenslagen. Wie wir sehen werden, schlägt sich das wiederum darin nieder, wie Arme ihr Leben und ihre Umwelt wahrnehmen und bewerten. So sind Arme mit ihrem Leben an sich unzufriedener als die Gesamtbevölkerung (Abbildung 9). Dabei liegt die Vermutung nahe, dass die Lebenszufriedenheit mit dem Einkommen steigt, denn die Lebenszufriedenheit reicher Personen ist mit einem Wert von 7,9 (auf einer Skala von 0 bis 10) um 0,8 Punkte höher als die der Armen (Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt). Diese Erkenntnis ist grundsätzlich wenig überraschend, da bereits im vorangegangenen Abschnitt gezeigt wurde, welche objektiven Einschränkungen mit Armut verbunden sind. Dabei gilt: Die Lebenszufriedenheit ist umso geringer, je höher die Armutsintensität ist, d.h. je weniger Geld einer Person zur Verfügung steht (Böhnke/Esche 2019). Die erhöhten objektiven Gesundheitsrisiken der Armen wiederum machen sich in einer geringeren Zufriedenheit mit dem eigenen Gesundheitszustand bemerkbar. Weitere Analysen von Böhnke und Esche (2019) belegen außerdem, dass Arme im Vergleich zur Gesamtbevölkerung häufiger traurig oder ängstlich sind.

Abbildung 9

Aspekte der Lebenszufriedenheit unter dauerhaft Armen und in der Gesamtbevölkerung, 2020

Mittelwert

(Skala von 0 bis 10; 0: sehr unzufrieden, 10: sehr zufrieden)



Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen.

Dauerhaft Arme: Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen leben, das zwischen 2015 und 2019 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens lag. Lesehinweis: Auf der Skala können grundsätzlich Werte zwischen 0 und 10 ausgewählt werden. Allerdings liegen etwa 50 Prozent der Befragten bei Werten zwischen 8 und 9. Auch absolut gesehen kleine Differenzen zwischen den dauerhaft Armen und der Gesamtbevölkerung weisen daher schon auf bedeutende (und statistisch signifikante) Differenzen in der Zufriedenheit hin.

WSI

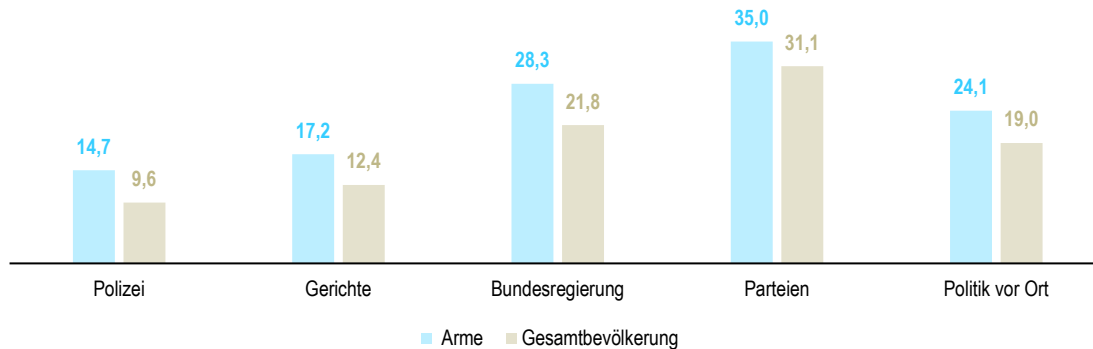
Diese individuellen Erfahrungen, die mit den Beschränkungen in vielen Lebensbereichen einhergehen, haben auch gesamtwirtschaftliche Konsequenzen. So führen beispielsweise die widrigen Lebensbedingungen der Armen und das damit verbundene erhöhte Risiko, zu erkranken, zu steigenden Kosten im Gesundheitssystem (Mielck 2012). Schlechte Bildungsmöglichkeiten und prekäre Beschäftigung wiederum resultieren in Ineffizienzen auf dem Arbeitsmarkt (Allmendinger/Gieseke/Oberschachtsiek 2011). Armut und die damit verbundenen individuellen Folgen verursachen somit auch hohe Kosten für die Volkswirtschaft.

Darüber hinaus haben zunehmende Armut und Einkommensungleichheit auch direkte Effekte auf das demokratische System und führen zu einem Vertrauensverlust in politische und staatliche Institutionen (Abbildung 10). So geben 15 Prozent der Armen an, kein Vertrauen in die Polizei zu haben und damit fünf Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der deutschen Bevölkerung, ganze 17 Prozent der Armen haben kein oder wenig Vertrauen in Gerichte (Durchschnitt: 12 Prozent). Ebenfalls erheblich ist das Defizit an Vertrauen in politische Institutionen: Rund jede*r vierte Arme – und somit fünf bzw. sechs Prozentpunkte mehr als der deutsche Durchschnitt – hat kein oder nur wenig Vertrauen in die Bundesregierung bzw. in die Politik vor Ort. Den Parteien generell misstraut sogar mehr als jede*r dritte Arme; auch hier liegt das Misstrauen der Armen wieder über dem Wert der deutschen Gesamtbevölkerung (31 Prozent).

Dieses geringe Vertrauen in politische Institutionen, insbesondere aber in politische Akteure, kann auch auf Erfahrungen eines Repräsentationsdefizits und des „Nicht-gehört-werdens“ beruhen. Zumindest zeigt eine Studie zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht von Elsässer/Hense/Schäfer (2016), dass es deutliche Unterschiede in der Responsivität der Politik je nach Einkommensgruppen gibt. Denn politische Entscheidungen richten sich deutlich häufiger an den Präferenzen der gutverdienenden Bürger*innen aus. Die Belange der unteren Einkommensgruppen hingegen haben eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit, in der Politik umgesetzt zu werden.

Diese Unterschiede in der Responsivität wirken sich auch auf die demokratische Beteiligung aus: Vor allem unter den Einkommensarmen stieg der Anteil der Nichtwähler*innen zwischen 1980 und 2013 deutlich an (Schäfer 2015). Zudem glauben nur 59 Prozent der Armen, dass die Demokratie in Deutschland im Großen und Ganzen noch gut funktioniert und lediglich 68 Prozent halten sie für die beste Staatsform. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung liegen die Zustimmungswerte bei diesen Aussagen bei 70 Prozent bzw. 82 Prozent (Quelle: HBS- Lebenslagenbefragung, 2020–2021, eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt).

Geringes Vertrauen in politische Institutionen unter Armen und in der Gesamtbevölkerung, 2020
Zustimmung zu „wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen
 in Prozent



Quelle: HBS-Lebenslagendaten, eigene Berechnungen.

Arme: Personen, die in Haushalten leben, deren verfügbares Einkommen unter 60 Prozent des Medianeinkommens liegt.

WSI

Es ist zu vermuten, dass dieser Zustimmungswert sogar etwas überschätzt wird, weil es die Querschnittsdaten nicht erlauben, zwischen dauerhafter und transitorischer Armut zu unterscheiden. Die Unzufriedenheit dürfte bei jenen am größten sein, die über einen längeren Zeitraum Armutserfahrungen gemacht haben. Die markanten Unterschiede zwischen den Armen und der Gesamtbevölkerung weisen darauf hin, dass die gefühlte Ohnmacht, die Armut mit sich bringt, nicht folgenlos für unser demokratisches Gemeinwesen bleibt.

Dies zeigt sich auch, wenn man sich die Verbreitung populistischer Einstellungen in der armen Bevölkerung anschaut (vgl. hierzu Zick/Küpper 2021). Die HBS-Lebenslagendaten belegen ein deutliches populistisches Potenzial (Tabelle 2).

Einerseits haben Arme verstärkt den Eindruck, dass demokratische Parteien alles zerreden und Probleme nicht lösen (38 Prozent gegenüber 32 Prozent in der Gesamtbevölkerung). Andererseits bringen die Armen den Politiker*innen auch weniger Vertrauen entgegen. So geht knapp jede*r zweite Arme davon aus, dass Politiker*innen die bestehenden Gesetze umgehen, wenn es um ihren Vorteil geht bzw. dass sie sich mehr Rechte rausnehmen als normale Bürger*innen (54 Prozent). Die Unterschiede zwischen der Gesamtbevölkerung und den Armen sind mit acht bzw. zehn Prozentpunkten bemerkenswert hoch und unterstreichen den Zusammenhang von (gefühlter) gesellschaftlicher Ausgrenzung und politischem Misstrauen.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die in diesem Abschnitt dargestellten Daten keine kausalen Schlüsse zulassen. Es gibt aber zahlreiche Studien, die mit entsprechenden empirischen Methoden nachweisen, dass eine geringere Lebenszufrieden-

heit und ein schlecht eingeschätzter Gesundheitszustand tatsächlich eine Folge von Armut sind (vgl. hierzu auch Böhnke/Esche 2019; Haverkamp 2018). Es ist auch belegt, dass die (gefühlte) verminderte gesellschaftliche Teilhabe oder die Angst davor zu einer Abwendung von der Demokratie führt (Hilmer/Kohlrusch/Müller-Hilmer/Gagné 2017). Damit zeigt sich, dass Armut viel mehr ist als ein rein individuelles Schicksal. Ungleichheit kann auch ein Problem für die gesamte Gesellschaft werden, wenn sie die tragende Säule der Demokratie zum Wanken bringt.

Tabelle 2

Populistische Einstellungen bei den Armen und der Gesamtbevölkerung, 2020

Zustimmung zu „voll und ganz“ oder „eher“, in Prozent

	Arme	Gesamtbevölkerung
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.	38,4	31,8
Politiker umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihren Vorteil geht.	49,2	41,4
Politiker nehmen sich mehr Rechte raus als normale Bürger.	54,5	44,5

Quelle: HBS-Lebenslagendaten, eigene Berechnungen.

Arme: Personen, die in Haushalten leben, deren verfügbares Einkommen unter 60 Prozent des Medianeinkommens liegt.

WSI

8 FAZIT UND POLITISCHE IMPLIKATIONEN

Im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung heißt es: „Ein geringes Einkommen [gemeint ist ein verfügbares Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medians, d. Verf.] kann auf eine eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe des betroffenen Haushalts hindeuten“ (BMAS 2021, S.479). Der diesjährige Verteilungsbericht widerspricht dieser relativierenden Perspektive. Er nimmt Einkommensarmut, gemessen an der 60 Prozent-Armutsgrenze, als Ausgangspunkt, um zu zeigen, wie diese auf objektive und subjektive Lebensbedingungen der Armen ausstrahlt. Es wird analysiert, inwieweit Einkommensarme das soziokulturelle Existenzminimum, verstanden als ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe, unterschreiten. Datenquellen sind das SOEP mit Einkommensdaten bis zum Jahr 2019 sowie die HBS-Lebenslagenbefragung (Daten für 2020/21). Es zeichnet sich klar ab: Arme haben insgesamt unvorteilhaftere Lebensbedingungen, nehmen dies auch wahr und sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich unzufriedener mit ihrem Leben. Sie sind, anders als es der Armuts- und Reichtumsbericht nahelegt, aufgrund ihrer Einkommensarmut tatsächlich in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt.

Die Analysen im vorliegenden Bericht belegen: Armut ist in der letzten Dekade deutlich angestiegen. Im Jahr 2019 waren so viele Menschen in Deutschland von Armut betroffen wie nie zuvor. Armut geht dabei weit über Einkommensarmut hinaus. Arm zu sein in Deutschland, bedeutet auch, weniger Bildungskompetenzen zu erwerben, unter schlechteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten, auf kleinerem Wohnraum zu leben und einen schlechteren Gesundheitszustand zu haben. Arme sind zudem im hohen Maß mit ihren eigenen Lebensumständen unzufrieden. Darüber hinaus sehen wir – und spätestens an dieser Stelle wird klar, dass all dies ein gesamtgesellschaftliches Problem ist – ein geringes Vertrauen dieser Bevölkerungsgruppe in die Politik. Ein zentraler Erklärungsfaktor hierfür: Politische Entscheidungen richten sich zunehmend nach den Interessen der reichen Einkommenschichten und übersehen systematisch die Anliegen der armen Bevölkerungsgruppen (Elsässer/Hense/Schäfer 2016). Als Folge sinkt das Vertrauen der Armen in unsere Demokratie und unsere politischen Institutionen. All dies wird nicht nur von den Armen selbst, sondern auch über die gesamte Bevölkerung hinweg als Bedrohung wahrgenommen: 70 Prozent der Deutschen geben an, dass sie eine zunehmende soziale Spaltung fürchten. Lediglich 13 Prozent sind der Meinung, dass in Deutschland eine gerechte Verteilung realisiert ist (Quelle: HBS-Lebenslagenbefragung, 2021, eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt).

Besorgniserregend ist, dass sich die Lage der Armen, die im Verteilungsbericht skizziert wird, noch weitgehend auf eine Welt vor der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg bezieht. Die Jahre 2010 bis 2019, die im Bericht untersucht werden, sind geprägt von einem starken wirtschaftlichen Aufschwung und deutlich sinkender Arbeitslosigkeit – und dennoch haben Einkommensungleichheit und Armutsquote Höchststände erreicht (vgl. hierzu auch Spannagel/Molitor 2019). Seitdem hat sich die Welt massiv verändert. Die gesamtgesellschaftlichen Krisen, von denen Deutschland und die Welt Anfang der 2020er Jahre betroffen sind, verschärfen die soziale Situation in Deutschland massiv und wirken wie eine Art Brandbeschleuniger auf die oben dargestellten Trends.

Die Corona-Krise hat vor allem Menschen ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Minijobber*innen und kleine Selbstständige erheblich getroffen (Kohlrausch/Zucco/Hövermann 2020). Der Krieg in der Ukraine wiederum treibt die Energiepreise in exorbitante Höhen, worunter insbesondere einkommensschwache Haushalte leiden (Behringer/Dullien 2022). Auch die rasant steigende Inflation trifft vor allem Haushalte am unteren Ende der Einkommenshierarchie hart (Dullien/Tober 2022). Sie geben einen Großteil ihres ohnehin knappen Einkommens für ihren alltäglichen Bedarf aus und sehen sich inzwischen vielfach gezwungen, massiv zu sparen: 28 Prozent der Haushalte mit niedrigem Einkommen planen bedeutend weniger zu heizen und 18 Prozent werden ihre Ausgaben für Nahrungsmittel bedeutend senken. Aber auch Haushalte im mittleren Einkommensbereich müssen sich mittlerweile finanziell einschränken (Behringer/Dullien 2022).¹³ Schon dieses knappe Schlaglicht auf ganz aktuelle Entwicklungen legt nahe, dass die soziale Schieflage inzwischen deutlich größer ist als die hier ausgewerteten Daten vermuten lassen.

¹³ Im August 2022 gaben in der IMK-Energiepreisbefragung sogar mehr als zwei Drittel der Haushalte mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 2.000€ an, sich in ihrem alltäglichen Konsum deutlich einschränken zu müssen. Und immerhin noch ein Drittel der Haushalte mit einem Einkommen von bis zu 3.500€ sieht sich gezwungen, Ausgaben für Lebensmittel zu reduzieren (Behringer/Dullien/Tober 2022).

Gesellschaftspolitisch ergibt sich aus diesen Befunden ein klarer Auftrag: Armut muss bekämpft werden – in all ihren Facetten. Auch arme Menschen müssen in Deutschland die Chance haben, vollumfänglich an der Gesellschaft teilzuhaben. Um dies nachhaltig zu erreichen, sind fünf Maßnahmen von besonderer Bedeutung:

- 1 Höhere Löhne für Geringverdienende durch Stärkung der Tarifbindung und Rückbau des Niedriglohnssektors:** Erwerbseinkommen sind für viele Haushalte die Haupteinkommensquelle. Unzureichende Erwerbseinkommen führen daher oft direkt zu Einkommensarmut. Nun ist in den letzten Jahren die Tarifbindung stetig zurückgegangen, besonders stark davon betroffen waren Geringverdienende (Schulten/Müller 2020). In tarifgebundenen Betrieben sind die Löhne am unteren Ende aber tendenziell höher, daher profitieren Geringverdienende direkt von einer steigenden Tarifbindung (Lübker/Schulten 2020). Hierfür sollte das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung erleichtert und Tariftreuevorgaben bei öffentlichen Aufträgen gestärkt werden. Zudem muss der Niedriglohnsektor weiter reduziert werden. Dazu ist die bereits vereinbarte stufenweise Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde ein wichtiger Schritt. Langfristig aber sollte sich der Mindestlohn an relativen Größen orientieren. Nur so können sich inflationsbedingte Lohnsteigerungen auch im Mindestlohn widerspiegeln, was angesichts der enormen aktuellen Inflationsraten als umso drängender erscheint. Die Europäische Kommission etwa empfiehlt, den Mindestlohn bei mindestens 60 Prozent des Medianlohns anzusetzen (Lübker/Schulten 2021).
- 2 Anhebung der Grundsicherung auf ein armutsfestes Niveau:** Wer in Deutschland seinen Lebensunterhalt längerfristig nicht oder nicht vollständig aus Erwerbseinkommen sichern kann, bezieht staatliche Unterstützung, üblicherweise ALG II (wenn man von Rentner*innen absieht). Leider liegen zahlreiche Haushalte bzw. Bedarfsgemeinschaften mit ALG II auch inklusive der Kosten für Wohnen und Heizen unterhalb der Einkommensarmutsgrenze (Marchal/Siöland 2019). ALG II ist in seiner jetzigen Form nicht ausreichend, um Armut zu bekämpfen. Die Regelsätze müssen daher so weit angehoben werden, dass sie Einkommensarmut tatsächlich verhindern. Gerade in den aktuellen Krisenzeiten ist eine armutsfeste Grundsicherung ein wichtiger Schritt, um die massiven Folgen der allgemeinen Teuerung des Lebens für einkommensschwache Haushalte zumindest etwas abzumildern. Flankiert werden muss eine materiell armutsfeste Grundsicherung mit einer verlässlichen öffentlichen Daseinsvorsorge, also etwa

öffentlichem Personennahverkehr, Energie- und Wasserversorgung oder Bildungseinrichtungen (Blank/Schäfer/Spannagel 2022).

- 3 Förderung von sozialem Wohnraum und gut durchdachtes Quartiersmanagement:** Eine bezahlbare Wohnung zu finden ist für viele einkommensarme Haushalte ein ernsthaftes Problem, gerade in Ballungsräumen. Der Bestand an Sozialwohnungen geht seit Jahrzehnten kontinuierlich zurück und auf dem freien Markt steigen die Mieten drastisch in die Höhe (Dullien/Krebs 2020). Bereits im Jahr 2019 gaben über 10 Prozent der Haushalte in Deutschland mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus (Holm/Regnault/Sprengholz/Stephan 2021, S. 10). Aktuell dürfte die Zahl deutlich höher liegen. Es besteht daher ein großer Bedarf an der Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Dieser muss so gestaltet sein, dass es nicht zu einer weiteren sozialräumlichen Segregation kommt. Arme und reiche Bevölkerungsgruppen dürfen nicht zunehmend in getrennten Stadtvierteln wohnen: hier Villen – da „Problemviertel“. Stattdessen sollten Wohnquartiere so gestaltet sein, dass sie gezielt eine heterogene Bewohner*innenstruktur fördern. Auch das ist ein wichtiger Baustein, um einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken.
- 4 Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Wenn Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind, profitieren zwei Bevölkerungsgruppen ganz besonders davon: Familien mit nur einem (Vollzeit-)Erwerbseinkommen sowie Alleinerziehende – beides Haushaltstypen, die überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Zudem könnte eine verbesserte Vereinbarkeit auch die Erwerbsquote und -intensität von Frauen erhöhen, die weiterhin den Großteil der Kinderbetreuung übernehmen und überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind (Lott/Hobler/Pfahl/Unrau 2022). Flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie leichter Zugang zu verlässlicher, idealerweise kostenfreier Kinderbetreuung sind hierzu wichtige Schritte. Auch egalitäre Sorgemodelle wie der Ausbau der Partnermonate, mehr Teilzeitmöglichkeiten für Väter, Anpassung des Steuerrechts (Stichwort: Ehegattensplitting) können den Weg hin zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebnen.
- 5 Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Geringverdienende:** Gerade Personen im unteren Einkommensbereich arbeiten oft in atypischer Beschäftigung, haben befristete Stellen oder lediglich Minijobs. Hier muss gezielt der Übergang in sichere und angemessen bezahlte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefördert werden. Ein fatales Zeichen setzt hier die im

Koalitionsvertrag vereinbarte Erhöhung der Minijobgrenze. Denn wer Beschäftigung im sozialversicherungspflichtigen Bereich ausbauen möchte, der sollte Anreize, in Minijobs zu arbeiten, reduzieren. Eine passgenaue Weiterqualifizierung von Menschen an den Rändern des Arbeitsmarktes ist ein weiterer wichtiger Baustein. Hier müssen ganz besonders Migrant*innen in den Fokus genommen werden. So können das Mismatch auf dem Arbeitsmarkt verbessert (Stichwort: Fachkräftemangel) und Menschen ihren Qualifikationen entsprechend in Jobs vermittelt werden (Kohlrausch/Zucco/Hövermann 2020; Spanagel 2017). Hingegen würden die geplanten Haushaltskürzungen bei Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen, wie sie aktuell in der Bundesregierung debattiert werden, Gegenteiliges bewirken. Sie führen zu einer weiteren Verfestigung von Armut.

Eine klug abgestimmte Kombination dieser fünf Maßnahmen wäre ein entscheidender Schritt hin zu einer nachhaltigen Bekämpfung und Vermeidung von Armut. Auch die zahlreichen negativen Folgen, die Einkommensarmut für die Betroffenen hat, ließen sich so abmildern. Natürlich gibt es viele weitere Punkte, die hier ergänzend aufzuführen wären – etwa Maßnahmen, welche am Problem der intergenerationalen Vererbung von Armut ansetzen oder gezielte Einmalzahlungen, um die massiv steigenden Energiepreise etwas auszugleichen. Es kann an dieser Stelle nur darum gehen, die allerwichtigsten Ansatzpunkte zur Armutsbekämpfung zu skizzieren. Was aber klar geworden sein dürfte: Armut beschränkt sich nicht auf einen Mangel an finanziellen Ressourcen, sondern grenzt Menschen in vielerlei Hinsicht aus der Gesellschaft aus. Die oben beschriebenen Befunde weisen zudem auch auf eine Gefahr für das demokratische Miteinander in Deutschland hin: Wenn sich Arme ganz von der Politik abwenden oder sich vermeintlich einfache, populistische Antworten auf ihre Probleme suchen, gerät die Demokratie ins Wanken. Unsere Demokratie ist auf politische Partizipation und das breite Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung angewiesen. Aber genau dieses droht zu erodieren, wenn sich Arme aus der Gesellschaft ausgegrenzt und von der Politik alleingelassen fühlen. Hier ist die Politik dringend gefordert, sich wieder verstärkt den Belangen der Armen zuzuwenden, um diese auch politisch wieder stärker zu integrieren. Insbesondere in Krisenzeiten drohen politische Kippunkte, wenn gerade die Ärmsten das Gefühl haben, außenvor gelassen zu werden.

Eine rein finanzielle Lösung zur nachhaltigen Bekämpfung und Vermeidung von Armut kann es nicht geben. Armut muss genauso mehrdimensional bekämpft werden, wie sie es in ihren Folgen für die Betroffenen auch ist. Hier sind bildungspolitische Ansätze genauso gefragt wie eine inklusive Arbeitsmarktpolitik oder ein nachhaltiges Quartiersmanagement. Dabei muss auch das obere Ende der Verteilung in den Blick genommen werden. Die Einkommen an der Spitze der Verteilung sind in den letzten Jahren immer weiter gestiegen, während sie gleichzeitig immer wieder steuerlich entlastet wurden (Zucco/Özdoğan 2021). Auch das nehmen Arme wahr. Daher gilt: Beide Ränder der Verteilung müssen wieder stärker in die Mitte der Gesellschaft integriert werden – die Reichen über eine stärkere steuerliche Umverteilung von oben nach unten, die Armen über gezielte steuerliche und vor allem über sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. So können weitere soziale Spaltungen abgemildert und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden – in Krisenzeiten, wie wir sie derzeit erleben, ist dies wichtiger denn je.

Tabelle 3

Medianeinkommen 2010–2019

Angaben in Euro in Preisen von 2015

2010	21.219
2011	21.117
2012	21.104
2013	20.867
2014	21.243
2015	21.846
2016	22.475
2017	22.829
2018	23.413
2019	24.037

Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen.
Median der verfügbaren äquivalenzgewichteten
jährlichen Nettohaushaltseinkommen.



GLOSSAR

Armutsücke: Einkommensbetrag, der den armen Haushalten im Schnitt fehlt, um über die Armutsgrenze zu kommen.

Einkommensarmut: Personen, die in Haushalten leben, die über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verfügen; sind es weniger als 50 Prozent spricht man von strenger Armut.

Einkommensreichtum: Personen, die in Haushalten leben, die über mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens verfügen; sind es mehr als 300 Prozent spricht man von großem Reichtum.

Erwerbseinkommen: Löhne und Gehälter, die auf dem Arbeitsmarkt erzielt werden.

Gini-Koeffizient: Er gibt an, wie ungleich Einkommen verteilt sind und kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. 0 steht dabei für die völlige Gleichverteilung (alle verfügen über gleich viel Einkommen), der Wert 1 für extreme Ungleichverteilung (einer besitzt alles).

Medianeinkommen: Der Wert, der genau in der Mitte liegt, wenn alle Einkommen der Größe nach sortiert werden.

Reales verfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen: Gesamteinkommen aller Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich staatlicher und privater Transferzahlungen und der Mietersparnis durch selbstnutzten Wohnraum – in Preisen von 2015 und für unterschiedliche Haushaltstypen standardisiert.

Verfügbares Haushaltseinkommen: Synonym verwendet für reales verfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen.

- Allmendinger, J./Gieseke, J./Oberschachtsiek, D. (2011):** Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte, Gütersloh
- Auer, W./Danzer, N./Fichtl, A. (2015):** Ökonomische Unsicherheit: Befristete Verträge erschweren Familiengründung, in: ifo Schnelldienst 68 (18), S. 35–41
- Becker, I. (2017):** Kritik am Konzept relativer Armut – berechtigt oder irreführend?, in: WSI Mitteilungen 70 (2), S. 98–107, https://www.wsi.de/data/wsimit_2017_02_becker.pdf
- Becker, I./Schmidt, T./Tobsch, V. (2022):** Wohlstand, Armut und Reichtum neu ermittelt. Materielle Teilhabe aus mehrdimensionaler Perspektive – Bericht zum ersten Modul des Projekts „Materielle Teilhabe im Lebensverlauf“. Hans-Böckler-Stiftung: Study 472, Juli 2022, Düsseldorf
- Behringer, J./Dullien, S. (2022):** Energiepreisschock: Besonders Geringverdiener wollen Konsum deutlich einschränken. Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 125, Juni 2022, Düsseldorf
- Behringer, J./Dullien, S./Tober, S. (2022):** Menschen in Deutschland nehmen Entlastungspakete I und II nur begrenzt wahr. Ergebnisse aus der IMK-Energiepreisbefragung. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 131, September 2022, Düsseldorf
- Blank, F./Schäfer, C./Spannagel, D. (Hrsg.) (2022):** Grundsicherung weiterdenken, Bielefeld
- Böhnke, P./Esche, F. (2019):** Armut und subjektives Wohlbefinden, in: Böhnke, P./Dittmann, J./Goebel, J. (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Bonn, S. 235–246
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2022):** Standard International Occupational Prestige Scale (SIOPS), <https://metadaten.bibb.de/de/classification/detail/12> (letzter Zugriff: 22.07.2022)
- Bundesministerium für Armut und Soziales [BMAS] (2021):** Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht. Lebenslagen in Deutschland, Berlin
- Cremer, G. (2022):** Armutsrisiko nicht mit Armut gleichsetzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Juli 2022, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/warum-armutsrisiko-nicht-mit-armut-gleichzusetzen-ist-18149307.html> (letzter Zugriff: 02.08.2022)
- Der Paritätische Gesamtverband (2018):** Brücken bauen: Potenziale des Sozialen. Paritätisches Jahresgutachten 2018, Berlin
- Dittmann, J./Drilling, M. (2019):** Armut und Wohnungslosigkeit, in: Böhnke, P./Dittmann, J./Goebel, J. (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Bonn, S. 282–293
- Dittmann, J./Goebel, J. (2019):** Armutskonzepte, in: Böhnke, P./Dittmann, J./Goebel, J. (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Bonn, S. 21–34
- DIW Berlin (2022):** SOEP – Kurzportrait, https://www.diw.de/de/diw_01.c.615551.de/forschungsba-sierte_infrastruktureinrichtung_so-zio-oekonomisches_panel_soep.html (letzter Zugriff: 22.07.2022)
- Dullien, S./Krebs, S. (2020):** Wege aus der Wohnungskrise. Vorschlag für eine Bundesinitiative „Zukunft Wohnen“. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Report 156, März 2020, Düsseldorf
- Dullien, S./Tober, S. (2022):** IMK Inflationsmonitor. Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln dominieren auch im April 2022. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 123, März 2020, Düsseldorf
- Elsässer, L./Hense, S./Schäfer, A. (2016):** Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015, Bonn, https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/endbericht-systematisch-verzerrte-entscheidungen.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (letzter Zugriff: 22.07.2022)
- Europäischer Rat (1984):** Beschluss des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene. 85/8 EWG, Brüssel
- Frick, J. R./Krell, K. (2011):** Einkommensmessungen in Haushaltspanelstudien für Deutschland: Ein Vergleich von EU-SILC und SOEP, in: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 5 (3), S. 221–248
- Geyer, S. (2008):** Social Inequalities in the Incidence and Case Fatality of Cancers of the Lung, the Stomach, the Bowels, and the Breast, in: Cancer Causes & Control 19 (9), S. 965–974
- Grabka, M. M. (2022):** Löhne, Renten und Haushaltseinkommen sind in den vergangenen 25 Jahren real gestiegen, in: DIW Wochenbericht 23/2022, S. 329–337
- Guio, A.-C./Fusco, A./Marlier, E. (2009):** A European Approach to Material Deprivation using EU-SILC and Eurobarometer Data, in: IRISS Working Paper Series 19
- Haverkamp, F. (2018):** Gesundheitliche Ungleichheit und neue Morbidität, in: Huster, E.-U./J. Boeckh/ Mogge-Grotjahn, H. (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, Wiesbaden, S. 479–502
- Hilmer, R./Kohlrusch, B./Müller-Hilmer, R./Gagné, J. (2017):** Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Hans-Böckler-Stiftung: Working Paper Forschungsförderung Nr. 044, August 2017, Düsseldorf
- Hlasny, V. (2020):** Unit Nonresponse Bias in Inequality Measurement: Worldwide Analysis Using Luxembourg Income Study Database, in: Social Science Quarterly 101 (2), S. 712–731
- Hoffmeyer-Zlotnik, J. H. P./Warner, U. (2011):** Measuring Occupation and Labour Status in Cross-national Comparative Surveys. Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: Schriftenreihe Band 7, Bonn
- Holm, A./Regnault, V./Sprengholz, M./Stephan, M. (2021):** Die Verfestigung sozialer Wohnversorgungsprobleme. Entwicklung der Wohnverhältnisse und der sozialen Wohnversorgung von 2006 bis 2018 in 77 deutschen Großstädten. Hans-Böckler-Stiftung: Working Paper Forschungsförderung Nr. 217, Juni 2021, Düsseldorf

- Hövermann, A./Kohlrausch, B./Voss, D. (2022):** Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen. Hans-Böckler-Stiftung: Working Paper Forschungsförderung Nr. 241, Februar 2022, Düsseldorf
- Kohlrausch, B. (2019):** Armut und Bildung, in: Böhnke, P./Dittmann, J./Goebel, J. (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Bonn, S. 177–188
- Kohlrausch, B./Zucco, A./Hövermann, A. (2020):** Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 62, November 2020, Düsseldorf
- Lampert, T. (2019):** Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit, in: Böhnke, P./Dittmann, J./Goebel, J. (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Bonn, S. 225–234
- Lampert, T./Hoebel, J./Kroll, L. E. (2019):** Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung in Deutschland. Aktuelle Situation und Trends, in: Journal of Health Monitoring 4 (1), S. 3–15
- Lott, Y./Hobler, D./Pfahl, S./Unrau, E. (2022):** Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 56, Februar 2020, Düsseldorf
- Lübker, M./Schulten, T. (2020):** Tarifbindung in den Bundesländern. Entwicklungslinien und Auswirkungen auf die Beschäftigten. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 89, März 2021, Düsseldorf
- Lübker, M./Schulten, T. (2021):** WSI-Mindestlohnbericht 2021. Ist Europa auf dem Weg zu angemessenen Mindestlöhnen? Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 63, Februar 2021, Düsseldorf
- Marchal, S./Siöland, L. (2019):** A Safety Net that holds? Tracking Minimum Income Protection Adequacy for the Elderly, the Working and the Non-working of Active Age. Herman Deleeck Centre for Social Policy: Working Papers Nr. 1909, Antwerpen
- Mielck, A. (2012):** Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Belege für die zentrale Rolle der schulischen und beruflichen Bildung, in: Brähler, E./Kiess, J./Schubert, C./Kiess, K. (Hrsg.): Gesund und gebildet. Voraussetzungen für eine moderne Gesellschaft, Göttingen, S. 129–145
- Schäfer, A. (2015):** Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a. M./New York
- Schulten, T./Müller, T. (2020):** Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise. Aktuelle Regelungen in Deutschland und Europa. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 38, April 2020, Düsseldorf
- Spannagel, D. (2017):** Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status – Armut und Teilhabe, in: Diehl, E. (Hrsg.): Teilhabe für alle, Bonn, S. 77–102
- Spannagel, D./Molitor, K. (2019):** Einkommen immer ungleicher verteilt. WSI-Verteilungsbericht 2019. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 53, Oktober 2019, Düsseldorf
- Spellerberg, A./Giehl, C. (2019):** Armut und Wohnen, in: Böhnke, P./Dittmann, J./Goebel, J. (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Bonn, S. 270–281
- Statistisches Bundesamt (2021):** Arbeitslosigkeit häufigster Auslöser für Überschuldung, Pressemitteilung vom 27. Mai 2021
- Tiefensee, A. (2017):** Wie lange reicht das Vermögen bei Einkommensausfall? Verteilungsbericht 2017, in: WSI-Mitteilungen 70 (8), S. 597–604, https://www.wsi.de/data/wsimit_2017_08_tiefensee.pdf
- Ullrich, C. G. (2005):** Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Eine Einführung, Frankfurt a. M./New York
- Voges, W. (2002):** Perspektiven des Lebenslagenkonzepts, in: Zeitschrift für Sozialreform 48 (3), S. 262–278
- Zick, A./Küpper, B. (Hrsg.) (2021):** Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn
- Zucco, A./Özdoğan, A. (2021):** Vermögenskonzentration – und wie die Parteien ihr entgegentreten wollen, WSI Blog vom 10. September 2021, <https://www.wsi.de/de/blog-17857-vermoegenskonzentration-und-wie-die-parteien-ihr-entgegentreten-wollen-35328.htm> (letzter Zugriff: 22.07.2022)

IMPRESSUM

Ausgabe

WSI Report Nr. 79, November 2022

WSI Verteilungsbericht

ISSN 2366-7079

Herausgeber

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

der Hans-Böckler-Stiftung

Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Telefon +49 (211) 77 78-18 7

<http://www.wsi.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 77 78-15 0

rainer-jung@boeckler.de

Satz: Daniela Groß

Kontakt

Dr. Dorothee Spannagel

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

der Hans-Böckler-Stiftung

Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Telefon +49 (211) 77 78-205

dorothee-spannagel@boeckler.de

www.wsi.de

Dieses Werk ist lizenziert unter der

Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International

(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)